

Ein Land – eine Lebenshilfe

Entwicklung der Lebenshilfe im Jahr 1989/1990

Dr. Bernhard Conrads

„Ein Land – eine Lebenshilfe“ – so titelte die Dezemberausgabe der Lebenshilfe-Zeitung über das Jahr 1990. Und im Vorspann des Leitartikels war zu lesen: „Der 9. November 1990 wird in die Geschichte der Lebenshilfe eingehen als wohl wichtigstes Datum seit ihrer Gründung im November 1958. Genau ein Jahr nach Öffnung der Mauer besiegelten rund 500 Delegierte in Marburg den Zusammenschluss der Bundesvereinigung Lebenshilfe mit der im April gegründeten Lebenshilfe der DDR.“

Diese Veranstaltung war zwar das Ende einer aufregenden Gründungsgeschichte, aber erst der Anfang einer herausfordernden Entwicklung, um dem vorgenannten Veranstaltungsmotto „Ein Land – eine Lebenshilfe“ auch wirklich gerecht zu werden.

Wie fing es an? An und für sich schon lange vor 1989, dem Jahr, in dem die Mauer fiel. Schon unter der Geschäftsführung von Tom Mutters gab es vielfältige und regelmäßige Kontakte in die damalige DDR. Sie waren allerdings eher „inoffiziell“, manchmal sogar geheim. Ganz wesentlich war ein – etwa über kirchliche Verbände wie dem Diakonischen Werk – praktizierter Austausch von Fachliteratur. So ging manches Päckchen über West- und Ostberlin an Adressaten in viele Städte der DDR, in denen Lebenshilfe-Literatur offensichtlich begierig nachgefragt wurde. Hierdurch entstand ein Netz von Kontakten, das im Rahmen der Gründungsgeschichte von Bedeutung sein sollte.

Auch – es war wohl im Jahr 1987 – gab es eine Exkursion einer kleinen Gruppe aus der Bundeszentrale in die DDR. Besucht wurden kirchliche und staatliche Einrichtungen – und auch offizielle Dienststellen: So empfing der Kreisrehabilitationsarzt des Bezirks Dresden die Lebenshilfe-Delegation – auch, um uns klarzumachen: Eine Elternvereinigung wie die Lebenshilfe ist in der DDR unerwünscht. Die SED nimmt die Interessen aller Werktätigen wahr, auch derer, die ein behindertes Kind haben. Diese klare Ablehnung saß wie ein Stachel im Fleisch der Lebenshilfe-Besucher und war so fest in die Erinnerung der damals Beteiligten eingegraben.

Diese Erinnerung löste eine spontane Reaktion aus, als die Mauer fiel. Noch im Dezember 1989 lud die Bundesvereinigung alle die ihr damals bekannten und ihr zugewandten Menschen (siehe auch die vorerwähnten Büchernachfrager) zu einem Treffen am 29. und 30. Januar 1990 ein. 68 Eltern und Fachleute aus der DDR folgten dieser Einladung zu einer zweitägigen Zusammenkunft in den Räumen der Bundeszentrale in Marburg. Nach einigen Stunden des sich gegenseitigen Kennenlernens baten die Gäste der DDR, unter sich beraten zu können. Das Ergebnis: Man war sich einig: Wir gründen eine Lebenshilfe DDR!

Nach einem Vorbereitungstreffen im Februar 1990 in Leipzig fand die Gründungsversammlung der Lebenshilfe DDR am 7. April 1990 in Ostberlin statt.

Gründungsmitglieder waren 70 Lebenshilfe-Initiativen (300 Eltern und Fachleute), die in nur drei Monaten seit Anfang 1990 in der DDR entstanden waren. Unter den Gästen waren nahezu alle Parteien der gerade neu gewählten Volkskammer vertreten.

Die enge Kooperation zwischen der Lebenshilfe DDR und der Bundesvereinigung Lebenshilfe war nahe liegend. Um sie auf den Weg zu bringen und praktisch umzusetzen, wurde eine Koordinierungsgruppe ins Leben gerufen, die paritätisch aus Vertretern beider Lebenshilfen in beiden Teilen Deutschlands besetzt war.

Erstes Ziel war die Initiierung von gelebten Partnerschaften zwischen Lebenshilfen in Ost und West. Hier ging es um ideellen Beistand, Unterstützung mit fachlichem, rechtlichem, organisatorischem Rat und auch nach Möglichkeiten durch materielle Hilfen. Materialsammlungen, etwa zu den Themen Werkstätten, Wohnen, Schule oder Öffentlichkeitsarbeit wurden erstellt, wie

z. B. das „Sonderrechtsheft“. Ein Beraterpool („Kurzzeitberater“) wurde ins Leben gerufen, mit dessen Hilfe Fachleute unterschiedlicher Disziplinen sich entwickelnde örtliche Vereinigungen in der DDR in ihrer Aufbauarbeit beraten konnten. Regionaltreffen wurden organisiert. Auf diesen Wegen entstanden konstruktive, mancherorts freundschaftliche Beziehungen zwischen Lebenshilfen in Ost und West. Die ersten Erfolge ermutigten gerade Eltern geistig behinderter Angehöriger in vielen Städten der DDR, sich ebenfalls zusammenzuschließen. „Selbsthilfestau“ – dieses Wort war 1990 ein Schlagwort in der Lebenshilfe. Ein Staudamm war gebrochen, und zum Ende des Jahres 1990 gab es über 130 Initiativen, die sich zu unserer Vereinigung bekannten.

Eine bahnbrechende Arbeitstagung fand am 14. und 15. Dezember 1990 in Magdeburg statt. Über 200 Teilnehmer tauschten sich nicht nur über Fragen der Vereins-Einrichtungsführung aus. Gleichmaßen standen grundlegende Fragen, z. B. das „Menschenbild“ geistig behinderter Menschen und ihre Stellung in der Gesellschaft im Mittelpunkt der Diskussion.

Neben der Aufbauarbeit waren wir gemeinsam gesellschafts- und sozialpolitisch aktiv. Wachrüttelnd war etwa der Besuch des Vorstands der Lebenshilfe DDR im Kreispflegeheim Hilbersdorf, wo äußerst erniedrigende Zustände im Alltag von Kindern mit einer geistigen Behinderung festzustellen waren. „Wie Hunde in einem Zwinger“ – so titelte nach diesem Besuch die Lebenshilfezeitung und beschrieb damit die menschenunwürdigen Zustände, in denen geistig behinderte Kinder ohne jede Förderung den größten Teil ihres Lebens verbringen mussten. Enthospitalisierung war denn auch eine der ersten konkreten Aktivitäten, derer sich die Lebenshilfe DDR annahm.

In der Folgezeit bestätigte sich die Befürchtung, dass dieses Heim kein Einzelfall war.

Erste Lebenshilfe-Einrichtungen entstehen!

Auf sozialpolitischem Gebiet konnte 1990 noch als erste Errungenschaft die Schulpflicht für geistig behinderte Kinder gefeiert werden. Die meisten der Kinder mit geistiger Behinderung galten in der DDR als schulbildungsunfähig. Und es war ein Höhepunkt im Leben mancher Eltern, wenn am 1. September 1990 ihre Tochter/ihr Sohn mit einer Schultüte eingeschult werden konnten.

Ziel der Bundesvereinigung in diesem Jahr war auch, die Mitglieder des Deutschen Bundestags auf die Situation behinderter Menschen in der damaligen DDR aufmerksam zu machen. Aus diesem Grunde veranstaltete die Bundesvereinigung am 17. Mai 1990 eine Matinée für die Mitglieder des Deutschen Bundestages. Ziel war es zu sensibilisieren, dass die Errungenschaften der Eingliederungshilfe zeitnah auch in den zu erwartenden Einigungsprozess und die anstehende Harmonisierung der Gesetzgebung einfließen konnte.

Die Organisationsentwicklung der Lebenshilfe in der DDR nahm – über die Gründung der Ortsvereinigungen hinaus – ihren Fortgang in der Schaffung von Landesstrukturen. Es gelang bis zum Herbst 1990 in allen fünf Ländern der DDR einen Landesverband – verbunden mit einer Landesberatungsstelle – ins Leben zu rufen. Dank finanzieller Unterstützung durch die Aktion Mensch wurden so die Weichen gestellt, effektive politische Arbeit auf Landesebene mit dem lebenshilfeinternen Strukturaufbau zu verknüpfen.

In einem denkwürdigen Grundsatzreferat wandte sich die damalige Bundesvorsitzende, Ministerin a. D. Annemarie Griesinger, unter großem Beifall an die Delegierten aus den fünf neuen Bundesländern: „Sie haben mit Ihrer Beharrlichkeit und Ihrem Mut eine Mauer zum Einsturz gebracht, die unser Volk schmerzhaft trennte.“ Und sie erinnerte an den Satz des Lebenshilfegründers, Tom Mutters, in der Aufbauphase der Bundesvereinigung: „Keine Kraft ist stärker als eine Idee, für die die Zeit reif ist.“

Dies alles führte zu jener denkwürdigen Mitgliederversammlung am 9. und 10. November in Marburg, in der die Lebenshilfe DDR ihren Beitritt zur Bundesvereinigung erklärte und die

Mitgliederversammlung der Lebenshilfe dem Beitritt zustimmte. Der Zusammenschluss der beiden Lebenshilfen aus Ost- und Westdeutschland war damit besiegelt.

Die bisherige Vorsitzende der Lebenshilfe DDR, Rita Heiduschka, dankte allen, die aktiv am Aufbau der Lebenshilfe in den Neuen Bundesländern mitgewirkt haben. Als besonders wichtig habe sich dabei gerade der Entwurf des Grundsatzprogramms erwiesen. Dieses Grundsatzprogramm – und auch dies ist bemerkenswert – wurde anlässlich der Mitgliederversammlung nach dem Gründungsakt in gründlicher Diskussion einmütig und nahezu einstimmig von allen Vertreterinnen und Vertretern aus Ost und West beschlossen.

Mit dieser Mitgliederversammlung war nach dem fulminanten Start der Lebenshilfe DDR ein wichtiger Zwischenschritt erreicht, aber damit begann erst die Aufbauarbeit!

Seitens der Bundesvereinigung wurden die neuen Orts- und Kreisvereinigungen ausdrücklich ermutigt, Trägerschaften von Einrichtungen ins Leben zu rufen, bzw. zu übernehmen. Auch wenn gerade in der Anfangsphase sicher nicht unerhebliche Risiken damit verbunden seien, gewährleisteten Einrichtungen in Trägerschaft der Selbsthilfeorganisation Lebenshilfe, also letztendlich im Verantwortungs- und Einflussbereich von Eltern, dass ihre Kinder jenes Angebot an Hilfe, Betreuung, Förderung und Selbständigkeit erhalten, das sie brauchen.

Dieses Bestreben war nicht unumstritten. Insbesondere wurde hinsichtlich anderer Verbände und auch staatlicherseits in den Neuen Bundesländern Zweifel laut, ob denn „unerfahrene Eltern“ in der Lage seien, den Aufbau von Einrichtungen und die damit verbundenen betriebswirtschaftlichen Probleme bewältigen zu können. Hier musste massiv Überzeugungsarbeit geleistet werden, dass – sicherlich mit partnerschaftlicher Unterstützung aus dem Westen – dieses sehr wohl möglich und sicher zu stellen sei. Schließlich habe man in den 60-iger Jahren auch im Westen gegen erhebliche Widerstände ein Lebenshilfe-spezifisches Netz der Hilfen errichten können. Diese Erfahrungen kämen nun den Eltern in der ehemaligen DDR zugute. Der wirkungsvolle Einsatz von Lebenshilfe-Repräsentanten aus Ost und West haben alle Landesregierungen überzeugt, dass Lebenshilfe-Arbeit über die klassische Vereinsarbeit hinaus auch im Bereich der Einrichtungen und Dienste sinnvoll und möglich ist.

Mit einem zweiten Vorurteil hatten die Gründermütter und -väter von örtlichen Vereinigungen in den Neuen Ländern zu kämpfen: Dafürhaltung, Auffangbecken für „alte Kräfte aus der SED-Zeit“ zu sein. Gerade die parteipolitische und konfessionelle Unabhängigkeit der Lebenshilfe – und hierzu bekannten sich die Lebenshilfen im Osten ebenfalls – bargen die Gefahr in sich, in der Lebenshilfe Unterschlupf zu finden.

Dieser Zwickmühlensituation konnte man nur Herr werden, in dem man einen „Gordischen Knoten“ durchschlug. Grundsätzlich wurde niemand, der in der Lebenshilfe mitarbeiten wollte, hiervon ausgeschlossen. Auch dann, wenn er zu DDR-Zeiten etwa der SED angehörte, war nicht von vorneherein der Stab über ihn oder sie gebrochen. Es war den Mitgliedern der örtlichen Vereinigungen überlassen, ihre Erfahrungen mit derartigen Personen in die Waagschale zu werfen. Erfreulich war, dass dieser „Filter“ wirkte. Die Mitglieder, die Eltern, wussten sehr gut, wer in Zeiten der DDR in seiner damaligen Position wirklich behindertenfreundlich agierte oder wer jetzt nur „sein Schäfchen ins Trockene“ bringen wollte.

Das dies nicht alles ohne Konflikte und Anfeindungen vonstatten gehen konnte, liegt auf der Hand. In keiner Phase und nirgendwo ist die Lebenshilfe eine „Insel der Seligen“.

Bei weitem überwiegend waren die Erfolgsmeldungen: Die meisten der schon 1990 gegründeten Initiativen und Vereine haben es geschafft zu überleben. Wie in den alten Bundesländern auch bilden sie einen bunten Teppich von Vereinigungen, die Lebenshilfe heißen, und – wenngleich mit unterschiedlichen Angeboten – auf Basis unseres Grundsatzprogramms „Lebenshilfe“ bieten.

Während die Lebenshilfe in den alten Bundesländern zwei Jahrzehnte brauchte, um ein flächendeckendes Netz der Hilfen aufzubauen, gelang dies in den Neuen Bundesländern in wenigen Jahren. Dieser schnelle Wachstumsprozess brachte natürlich Probleme mit sich. Zumeist aus eigener Kraft, bisweilen mit Hilfen durch die Landes- oder Bundesebene konnte der heutige erfreuliche Stand der Lebenshilfearbeit in den Neuen Bundesländern erreicht werden.

Hierbei darf nicht außer acht gelassen werden, dass der Prozess der Zusammenführung unterschiedlicher Systeme in Ost und West Entwicklungspotentiale für beide Seiten enthielt. So konnte und kann der Westen vom „Osten“ lernen. Beispiele dieser Impulse sind auch im Westen initiierte Aktivitäten zum Aufbau und Versorgung von und mit Krippenangeboten, auch für Kinder mit geistiger Behinderung, im Alter von 0 bis 3 Jahren, oder die Tatsache, dass das Thema „Kinderheim“ auch in der Lebenshilfe wieder sachlich konstruktiv diskutiert und bei gegebener Nachfragesituation Kinderheime auch wieder „salonfähig“ wurden. Das in der DDR praktizierte System der „geschützten Betriebsabteilungen“ gab Impulse auch für bundesweit integrative Ansätze auf dem Arbeitsmarkt.

Bemerkenswert ist auch der gerade im Osten zu verzeichnende hohe Anteil von Frauen in ehren- oder hauptamtlichen Führungspositionen im Rahmen unserer Lebenshilfe-Vereinigungen, Einrichtungen und Dienste und damit einhergehen gute Beispiele der Vereinbarkeit von Mutter- und Berufsrolle. In diesem Zusammenhang kann man sehr wohl den Prozess des Zusammenwachsens als einen des „zusammen Wachsens“ bezeichnen.

Bei allem Stolz sollte jedoch nicht verdrängt werden, dass es Unterschiede im Bereich der Behindertenhilfe in Ost und West gibt und dass auch manche Einschätzung über die Wege zur Erreichung unserer Ziele nicht immer identisch ist. Diese Heterogenität unseres Verbandes und die hieraus erwachsenen Spannungen erweisen sich dann als konstruktiv, wenn auf gleichem Zieلفundament fair und solidarisch um „die beste Lösung“ gerungen wird. In diesem Sinne ist das Motto „Ein Land – eine Lebenshilfe“ nicht nur eine Erfolgsmeldung, sondern auch eine Herausforderung für die Zukunft.